

Alfons Wolff (FREIE BAUERN):
Rede in Koblenz am 1. September 2020

Liebe Berufskollegen,
liebe Bäuerinnen und Bauern!

Vor uns tagen die EU-Agrarminister in informeller Runde. Wir wissen, dass Entscheidungen meistens in solchen informellen Runden fallen, zumindest dass Weichen gestellt werden.

Unsere Agrarministerin hat ihre EU-Kollegen in ihre schöne Heimat eingeladen. In ein von Gott gesegnetes Land. In ein von Bauern bebautes und gestaltetes Land. Ich hoffe, sie vergisst nicht zu erklären: Das Rhein-Mosel-Tal ist vor allem deshalb so wunderschön, weil hier seit tausend Jahren Bauern und Winzer im Schweiß ihres Angesichts das tägliche Brot erzeugen.

Und noch einen guten Wein dazu.

Dem Rhein-Mosel-Tal hat eine intensive bäuerliche Landwirtschaft jedenfalls nicht geschadet in den letzten tausend Jahren und dem Rest von Deutschland auch nicht. Das sollte Frau Klöckner und das sollten ihre Kollegen bedenken, wenn sie heute über den Green Deal sprechen und über die nächste Förderperiode der GAP.

Fangen wir mit dem Green Deal an.

Obwohl ich mich manchmal an solchen Begriffen reibe. Wir Bauern lieben unsere Höfe und unsere Heimat, wir gehen verantwortungsvoll mit dem Boden und mit den Tieren um, weil sie uns gehören und uns anvertraut sind und weil wir gesunde Betriebe an die nächste Generation weitergeben wollen. Wir dealen nicht mit der Natur. Wir sind green aus tiefstem Herzen und innerster Überzeugung.

Aber vielleicht muss in der Politik gedealt werden, und deshalb kommen wir Bauern nicht umhin, mitzudealen. Dann aber bitte auf eine Weise, die dieser unserer innersten Überzeugung entspricht – und zwar nicht nur ein bisschen, sondern vollständig entspricht.

Wenn wir als Bauern mit Politikern sprechen, dann sollten wir das ausschließlich als Bauern tun und dabei keine Rücksicht nehmen müssen etwa auf Parteiämter oder auf Aufsichtsratsposten. Das meinen wir mit dem Begriff FREIE BAUERN. Wir wollen eine vollständig unabhängige Interessenvertretung nur für unseren Berufsstand sein. Das hatten wir bisher nicht und das hat uns bitter gefehlt.

Liebe Berufskollegen,

was also plant der Green Deal für die Landwirtschaft?

25 Prozent Ökolandbau bis 2030 ist zu hören und gleichzeitig 50 Prozent weniger Pflanzenschutz, 20 Prozent weniger Mineraldünger.

Zunächst einmal frage ich mich, was daran überhaupt ein Deal sein soll. Für mich wirkt das zunächst einmal wie ein Plan. Ich wirtschaftete im Bundesland Sachsen-Anhalt, das langjährige Erfahrungen mit Planwirtschaft hat. In einer ersten Reaktion fiel mir deshalb spontan Berthold Brecht ein: „Ja, mach nur einen Plan! Sei nur ein großes Licht! Und mach noch einen zweiten Plan. Gehn tun sie beide nicht.“

Nehmen wir mal optimistisch an, die EU-Agrarminister hätten damit keinen starren Plan formuliert, sondern Ziele. Dann sind wir vielleicht gar nicht so weit auseinander. Seit ich Bauer bin, versuche ich auf meinem Betrieb Pflanzenschutz und Mineraldünger einzusparen. Das mache ich aber nicht an irgendwelchen Ideologien und daraus abgeleiteten Prozentsätzen fest, sondern für mich gilt grundsätzlich: Je mehr Ersparnis, desto besser für die Natur und desto besser für meinen Geldbeutel. Diese Motivation haben wir doch eigentlich alle. Dazu brauchen wir jedenfalls keine europäischen Agrarminister.

Beim Pflanzenschutz sehe ich im Augenblick viel Entwicklung in der mechanischen Unkrautbekämpfung. Ob die größeren Potenziale in der digitalen Präzision liegen oder in der Besinnung auf alte ackerbauliche Tugenden, will ich gar nicht beurteilen. Allerdings finde ich es kontraproduktiv, wenn uns gleichzeitig mit der Beize die sparsamste Form der Dosierung immer weiter eingeschränkt wird. Wir brauchen eine ideologiefreie Herangehensweise, dann kann ich mir vorstellen, dass wir uns

beim Pflanzenschutz ein Stück weit auf die Ziele dieses Green Deal zubewegen.

Beim Mineraldünger habe ich dagegen meine Zweifel, ob das gelingen wird, denn am Ende benötigt jede Pflanze Nährstoffe, um zu wachsen. Und ich habe noch keine Idee, wo die herkommen sollen, so lange unser Klärschlamm über alle Maßen verdreckt ist mit Mikroplastik, Medikamenten und Haushaltschemikalien ... und deshalb größtenteils entsorgt werden muss.

Geradezu abenteuerlich mutet schließlich das Ziel einer Ausweitung des Ökolandbaus von derzeit 7 auf 25 Prozent der Fläche an. Wieviele Milliarden wollen die EU-Agrarminister in dieses Projekt pumpen, in einer Situation, wo Öko-Getreide seit anderthalb Jahren zu nahezu konventionellen Preisen gehandelt wird? Und welcher Berufskollege wird so leichtsinnig sein, mit seiner betrieblichen Ausrichtung, das heißt auch mit Investitionen, ausschließlich auf dieses Geld zu setzen und damit komplett am Markt vorbei zu produzieren?

Liebe Berufskollegen,

natürlich darf Politik solche Ziele definieren, und wir sind gut beraten, an der politischen Debatte mit der gebotenen Ernsthaftigkeit teilzunehmen, aber eines geht überhaupt nicht: Wenn die Maßnahmen des Green Deal erkennbar nur darauf abzielen, die Produktionskapazitäten unserer Landwirtschaft herunterzufahren und damit Platz zu schaffen für immer mehr billige und

minderwertige Agrarimporte aus Übersee – dann ist diese Politik nicht nur unglaubwürdig, dann ist sie ein Verbrechen an Natur und Umwelt und das müssen wir dann auch so deutlich formulieren.

Diejenigen, die aus unserer Landwirtschaft eine Gänseblümchenwiese und einen Streichelzoo machen wollen und das als großen Erfolg für Natur und Umwelt feiern und im gleichen Atemzug Freihandelsabkommen durchwinken, mit denen Agrarprodukten aus Übersee der Marktzugang erleichtert wird, sind in Wirklichkeit Brandstifter. Sie zündeln mit Bolsonaro am tropischen Regenwald.

Sie treten all ihre großen Ideale von Klimaschutz und Biodiversität mit Füßen in einem Ausmaß, das die von ihnen kritisierte Landwirtschaft niemals erreichen wird. Verlogener geht es nicht!

Deshalb fordern wir FREIEN BAUERN zum Green Deal:

1. Für alle Ziele muss es ein Korrektiv geben, und das heißt Selbstversorgungsgrad. Sinkt der Selbstversorgungsgrad, sind die Ziele anzupassen.
2. Die Freihandelsabkommen mit Kanada und den Mercosur-Staaten dürfen nicht ratifiziert werden, auch nicht in einer veränderten Form.
3. Darüber hinaus sollte die Einfuhr von Soja und Palmöl aus Übersee in einem ersten Schritt bis 2030 um 75 Prozent gesenkt werden.

Liebe Berufskollegen, so wird ein Deal draus!

Auch wir Bauern können und sollten selbstbewusst Ziele und Prozentzahlen nennen. 75 Prozent weniger Soja aus Übersee bis 2030 – das ist im Gegensatz zu den Green Deal Visionen zu Düngung und Pflanzenschutz keine weltfremde Traumtänzerie, sondern das ist bei entsprechendem politischem Willen ein konkret umsetzbares Ziel. 75 Prozent ist der Anteil von gentechnisch veränderten Soja an der weltweiten Produktion ... dieser Anteil entspricht definitiv nicht unseren Qualitätsstandards, dass wir ihn reinlassen ist schon jetzt ein Skandal, deshalb muss er in einem ersten Schritt weg und danach reden wir über den Regenwald.

Und was meint Ihr, wie positiv sich 75 Prozent weniger Soja aus Übersee und die daraus resultierende Konkurrenzfähigkeit für heimische Eiweißfuttermittel auswirken würde auf unseren Ackerbau, auf unsere Fruchtfolgen und damit letzten Endes auch auf den Bedarf an Pflanzenschutz und Mineraldünger, um den es den heute hier tagenden EU-Agrarministern angeblich geht. Wir brauchen keine Ackerbaustrategie mehr, kein Insektenschutzprogramm und keine Düngeverordnung. Die brauchen wir sowieso nicht, jedenfalls nicht für unsere bäuerlichen Familienbetriebe ... aber das Fass mache ich heute nicht auf, sondern komme zum zweiten Thema, zur GAP.

Liebe Berufskollegen,

bei der nächsten Förderperiode der GAP geht es um Geld, das wir Bauern eigentlich gar nicht wollen. Erst geben sie uns das Geld, dann sagen sie uns, was wir damit machen sollen, und wenn wir nicht gehorchen, werden die Daumenschrauben angelegt. Das Spiel kennen wir zu genüge und deshalb haben wir uns auch gegen die Bauernmilliarde ausgesprochen, gegen die Tierwohlsteuer, gegen Dürrehilfen und Wetterversicherungen und all die Wohltaten, die wir dann nicht brauchen würden, wenn der Staat seiner eigentlichen Aufgabe nachkommen würde, nämlich für funktionierende Märkte und faire Rahmenbedingungen zu sorgen.

Andererseits sind 387 Milliarden Euro kein Pappenstil, und wenn wir nicht über die Verteilung dieses Geldes reden würden, würden wir unsere Aufgabe als bäuerliche Interessenvertretung nicht wahrnehmen. Zumal diese Milliarden ein sehr wirksames Mittel sein können, um ortsansässige Landwirte gegen überregionale Investoren zu stärken. 20 Prozent der Fläche Ostdeutschlands werden nach den Ergebnissen einer Studie des Thünen-Instituts von 2017 bereits von Betrieben bewirtschaftet, die solchen Investoren gehören, Tendenz steigend. Und machen wir uns nichts vor: so mancher Wachstumsbetrieb in Westdeutschland besteht auch nur noch deshalb, weil stille Teilhaber von außerhalb der Landwirtschaft die Fassade aufrecht erhalten. Eine schlimme Entwicklung!

In dieser Situation wäre es unverantwortlich, die GAP nicht zu nutzen, um den Ausverkauf der Landwirtschaft an überregionale Investoren zu bremsen, um die Spekulation mit Land zu erschweren, um bäuerliche Landwirtschaft zu stärken.

Deshalb fordern wir FREIEN BAUERN zur GAP:

1. Kappung der Direktzahlungen. Die Kommission hat 400 ha vorgeschlagen, wir können mit Blick auf Ostdeutschland gern noch einen Tick höher gehen, aber wir brauchen eine klare Ansage für viele Bauern und für eine breite Streuung des Eigentums!
2. Bindung der Direktzahlungen daran, dass die Betriebe ortsansässigen Landwirten gehören. Wir brauchen eine klare Ansage gegen den Ausverkauf an Investoren!
3. Keine Stichtagsregelung: Es muss jederzeit möglich sein, dass die Betriebe sich anpassen, das heißt, dass sie sich in unterschiedliche Eigentümer aufteilen oder dass die Eigentümer ortsansässig werden.

Liebe Berufskollegen,

dieses Konzept wurde vom Bauernbund Brandenburg entwickelt, aus dem die FREIEN BAUERN im März diesen Jahres hervorgegangen sind. Es berücksichtigt die größeren Strukturen in Ostdeutschland, lässt aber kein Schlupfloch für überregionale Investoren. Es ist wirkungsvoll, unbürokratisch und rechtlich vertretbar. Deshalb wird es auch vom Bauernverband und Bundeslandwirtschaftsministerium abgelehnt.

Diesen Sommer hat der langjährige Präsident des Thüringischen Bauernverbandes seinen 6.000-Hektar-Agrarbetrieb für 40 Millionen Euro an ALDI verkauft. Und unsere Agrarministerin setzt sich heute hier in Koblenz weiterhin dafür ein, dass ALDI für jeden dieser 6.000 Hektar 250 Euro Direktzahlungen erhält.

Und das können wir ihr nichtmal vorwerfen ... so lange unser Berufsstand nach wie vor mehrheitlich einem Verband angehört, der zu diesem Thema auf allerhöchster Ebene folgende Meinung hat, Zitat: „Wenn die Landwirtschaft umweltgerecht und bodenschonend erfolgt, wen interessiert es dann, wer der Eigentümer ist?“ So der Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes Wolfgang Vogel. Oder der Präsident des Deutschen Bauernverbandes Joachim Rukwied, der angesichts eines Verlustes von fast 5000 Betrieben pro Jahr nicht von einem „Höfesterben“ sprechen mag. Lieber verwendet er den Begriff „verträglicher Strukturwandel“.

Deshalb ist es nur konsequent, dass die Bauernproteste seit Herbst letzten Jahres unabhängig vom Bauernverband stattgefunden haben. Allerdings ist es für mich nicht nachvollziehbar, warum wir bei der ersten Demonstration am 22. Oktober noch mit einem Aufruf „für unsere bäuerlichen Familienbetriebe“ gestartet sind, aber bereits bei der zweiten Demonstration am 26. November kam der Begriff „bäuerlicher Familienbetrieb“ nicht mehr vor. Ich weiß nicht, wer das veranlasst hat. Ich weiß

nur, dass die Parole „Gemeinsam sind wir stark“ noch nichts darüber aussagt, was wir Bauern eigentlich wollen. Genau das aber ist erforderlich, wenn wir den großartig organisierten Druck von der Straße in praktische Politik umsetzen wollen: dass wir präzise Forderungen stellen und gute Begründungen liefern.

Für unser Land, für einen lebendigen ländlichen Raum ist es nicht egal, ob in einem Dorf drei Bauern wirtschaften oder ein Bauer über drei Dörfer. Und es ist nicht egal, ob der Hof dem Bauern gehört oder einem Investmentfonds in Rotterdam. Und weil das eben nicht egal ist, brauchen wir endlich – nicht nur von den Politikern, sondern zuallererst bei uns – ein klares agrarpolitisches Bekenntnis zum bäuerlichen Familienbetrieb!

Wir brauchen es auch noch aus einem anderen Grund: Diese Gesellschaft, mit der wir uns in all den aktuellen Fragen auseinandersetzen müssen, wird Landwirtschaft in ihrer Komplexität sowieso nicht verstehen. Aber wir Bauern müssen Vertrauen zurückgewinnen. Das können wir schlecht zusammen mit Agrarmanagern aus anonymen Großstrukturen. Vertrauen zurückgewinnen können wir am besten mit unseren bäuerlichen Familienbetrieben, die sorgsam mit Boden und Tieren umgehen, ganz einfach weil die nächste Generation schon in Gummistiefeln hinter uns steht.

Ein neues Vertrauen wird diese landwirtschaftsferne Gesellschaft niemals zur Landwirtschaft allgemein fassen.

Aber wir Bauern, die wir mit eigener Hände Arbeit in eigener Verantwortung unsere eigenen Höfe bewirtschaften, wir verdienen dieses Vertrauen ... und wir haben die Chance, es uns zurückholen!

Liebe Berufskollegen,

deshalb wünsche ich mir diese Demonstration nicht nur als ein Signal an die EU-Agrarminister, sondern ebenso als ein Signal nach innen, in den Berufsstand selber. Wir sind stark – nicht weil wir die Grüne Branche sind oder die Landwirtschaft. Wir sind stark, weil wir Bauern sind. Wir sind Eigentümer, die selbständig arbeiten. Die selbst und ständig arbeiten. Deshalb lieben wir die Landwirtschaft. Deshalb geben wir unsere Höfe nicht auf. Deshalb gehen wir weiter auf die Straße. Für unsere bäuerlichen Familienbetriebe! Für die Zukunft unserer Kinder! Dafür, dass wir nicht die letzten Bauern im Dorf sind! Für eine Berufsvertretung, die unabhängig ist von Parteiämtern und Aufsichtsratsposten! Für einen geachteten Bauernstand in einer freien und gerechten Gesellschaft!

Willkommen bei den FREIEN BAUERN!

Dankeschön!